

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke

Mitte

Kreis Freundes

Ausgabe 12

November 2010



Frankfurt braucht neue Farben



von Arnold Weber

...denn Schwarz/Grün ist gescheitert und kann sich nur mit dem Steigbügelhalter FDP noch über Wasser halten. Die Zerstrittenheit im Magistrat ist offensichtlich und liefert reichlich Stoff für die Medien. Höchste Zeit

für andere Mehrheiten im Römer, vor allem für verlässliche Entscheidungen und eine Kommunalpolitik, die die Gesellschaft zusammenhält und nicht spaltet.

Beim Erstellen des letzten Haushaltsplans verzichteten die schwarz/grünen Stadtverordneten fast vollständig darauf, Einfluss auf die Vorgaben des Magistrats zu nehmen. Dafür würgten sie aber die guten Ideen, die durchdachten Anträge und schlüssigen Konzepte der oppositionellen Stadtverordneten ab, sehr zum Nachteil der Frankfurter Bevölkerung. So geht es nicht weiter - wir werden die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr am Geschehen beteiligen. Ein wichtiger Schritt dabei ist ein Bürgerhaushalt, wie er sich längst in anderen Großstädten bewährt hat. Er wird die Menschen in dieser Stadt

besser in die Entscheidungsprozesse einbinden.

Zugegeben, Schwarz/Grün mag auch für einige positive Entscheidungen stehen – dass beispielsweise endlich Geld für Veränderungen im Frankfurter Westen bereitgestellt wurde, hatten wir schon lange gefordert und so erhielten diese Projekte auch stets unsere Unterstützung. Wäre aber die Oberbürgermeisterin den Vorschlägen von SPD und Ortsbeirat frühzeitig ge-

Inhalt

| | |
|---|---------|
| Frankfurt braucht neue Farben | Seite 1 |
| Hinsehen und reagieren! | Seite 2 |
| Pleiten, Pech und Pannen: Die Bebauung der Frankfurter Altstadt | Seite 3 |
| Auf gleicher Augenhöhe | Seite 5 |
| Besichtigung von Windkraftanlagen | Seite 5 |
| Wohnen als Schlüsselfrage | Seite 6 |
| Impressum | Seite 8 |



folgt, wären wir mit den Planungen für den Bologaro-Palast deutlich weiter. So gab es ein hektisches Hin und Her. Standhaftigkeit bewies die Stadtregierung stattdessen überwiegend an der falschen Stelle. So haben wir bis heute kein Verständnis dafür, dass z. B. im Schwanheimer Unterfeld die ansässigen Kleingärtner in unangemessener Härte reglementiert wurden, was für viele das Aus ihres seit Jahrzehnten bewirtschafteten Gartens bedeutete. Nach einer Kräfteveränderung im Römer am 27. März 2011 werden wir das zurückdrehen.

Wir werden auch dem Höchster Krankenhaus wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Es ist erschreckend, was derzeit den dort Beschäftigten auf Grund des reduzierten Personals zugemutet wird. Die Verringerung der Krankbetten um ein Drittel ist angesichts der zentralen regionalen Funktion der Höchster Klinik verantwortungslos. Der ständige Weggang erfahrener Ärzte ist ein alarmierendes Signal und dem muss entgegengewirkt werden durch eine sorgfältige Personalpolitik und mehr Wertschätzung des dort verantwortlich handelnden Personals.

Wenn Frau Roth jetzt durch ihre Besuche in den Stadtteilen um Sympathien wirbt, sollte sie sich auch den Frankfurter Brennpunkten stellen. Wie wäre es denn mit einer unangemeldeten Fahrt mit dem öffentlichen Nahverkehr, oder einem spontanen Besuch in vernachlässigten Wohnquartieren? Hier könnte Frau Roth Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern zeigen und erleben, was diese wirklich bewegt.

Allerdings müssten die Oberbürgermeisterin und ihre schwarz-grünen Mitstreiter dann eingestehen, dass ihre Politik des großen Symbols keine Verbesserung in der Realität bewirkt. Leider beschränkt sich die Stadtregierung stattdessen darauf, ihre vermeintlichen Erfolge in teuren Broschüren und Pressekonferenzen zu präsentieren, Fehler zu schwärzen und zu verleugnen, und sich selbst über den grünen Klee zu loben. Nur mit weniger Roth und mehr Rot im Römer lässt sich sicherstel-

len, dass die wichtigen Fragen dieser Stadt besprochen und Probleme angepackt werden. **Deshalb braucht Frankfurt dringend neue Farben!**

Hinsehen und reagieren!

Kommunale Maßnahmen gegen Kindeswohlgefährdung



von
Anneliese Scheurich

Kindeswohlgefährdung hat sehr viele Gesichter und beginnt bei weitem nicht mit heftiger körperlicher Gewalt, sexuellen Übergriffen oder extremer seelischer Grausamkeit gegenüber Kindern. Sie beginnt viel weniger spektakulär und unauffälliger, mit tagtäglicher körperlicher und geistiger Armut, Bildungsferne, Gleichgültigkeit oder Vernachlässigung. Scheinbar kleine Ausrutscher steigern sich schnell und führen schließlich dazu, dass das Kindeswohl gefährdet wird. Die Folgen für die betroffenen Kinder sind enorm: Neben seelischen und körperlichen Verletzungen, die oft das ganze Leben lang nachwirken, legen viele als Erwachsene die gleichen negativen Verhaltensweisen gegenüber ihren eigenen Kindern an den Tag. Ein Kreislauf, der sich nur schwer durchbrechen lässt, aber dringend durchbrochen werden muss.

Als Mutter von mittlerweile fünf erwachsenen Kindern habe ich mich nicht nur in der Vergangenheit mit diesem Thema beschäftigt, ich tue dies auch heute noch sehr intensiv. Kinder haben nicht die Möglichkeit, sich selbst im politischen Geschehen zu Wort zu melden und ihre Interessen in der Kommune durchzusetzen. Sie brauchen uns als Fürsprecher – Solidarität, die in der Sozialdemokratie selbstverständlich ist. Dabei sind nicht nur sozial schwächere

Familien betroffen. Bei meinen Kontakten zu vielen Kindern und Familien aus sehr unterschiedlichen Milieus konnte ich immer wieder feststellen, dass Kindeswohlgefährdung in allen sozialen Schichten vorkommen kann und bei weitem kein Thema eines bestimmten Milieus ist. Daher brauchen wir in allen Bereichen unserer Stadtgesellschaft Menschen, die genau hinsehen und reagieren, wenn die Schwächsten in Gefahr geraten. Und wir brauchen ausreichend viele Profis, die die richtigen Hilfen bereitstellen können.

Weil Fehlverhalten gegenüber Kindern oft über mehrere Generationen „vererbt“ wird, müssen wir alles in unserer Macht stehende unternehmen, um den betroffenen Kindern zu helfen. Aus diesem Grunde haben wir uns als SPD-Fraktion im Römer mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass für die Stellen des städtischen Personals, das im Sozialamt mit diesem Thema befasst ist, keine Wiederbesetzungssperre ausgesprochen werden darf. Ein weiteres wichtiges Projekt war die Einrichtung der Familienhebammen, auch „frühe Hilfen“ genannt, das wir ebenfalls gefördert haben und das noch weiter ausgebaut werden sollte. Diese Hebammen betreuen gefährdete Familien von der Geburt des Kindes an bis zum ersten Lebensjahr. Danach werden die Familien bei Bedarf an andere städtische Stellen zur fortgesetzten Betreuung weitervermittelt. Natürlich kostet das alles Zeit und Geld. Um ein effektives System zu gewährleisten, muss genügend Personal vorgehalten werden. Es darf in Frankfurt nicht passieren, dass Kinder zu Schaden kommen, weil Fachpersonal nicht ausreichend vorhanden oder völlig überlastet ist.

Je früher die Hilfen betroffene Familien erreichen, desto besser. Wenn wir durch präventive Aktivitäten Schlimmeres verhindern können, ist dies bereits ein großer Erfolg. Wir brauchen ein weit verbreitetes Bewusstsein des Problems Kindeswohlgefährdung. Das pädagogische Personal in Kinder- und Jugendeinrichtungen muss fortlaufend weitergebildet werden, ebenso Ordnungskräfte (z. B. Polizei) und Justiz.

Die Stadt Frankfurt ist schon jetzt in solche Fort- und Weiterbildungsnetzwerke einbezogen. Es wäre hilfreich, wenn diese noch transparenter und damit auch interessierten „Laien“ zugänglich gemacht werden könnten, z. B. durch eine städtische Koordinations- und Vermittlungsstelle. Auch verpflichtende Vorsorgetermine beim Kinderarzt sind sicherlich ein guter Weg, um Kindeswohlgefährdung zu erkennen und entsprechende Hilfen einzuleiten.

Wir alle können dazu beitragen, dass Kinder unversehrt an Körper und Geist aufwachsen: Indem wir unsere Augen und Ohren offen halten und bei Bedarf den betroffenen Familien unsere Hilfe anbieten, oder professionelle Hilfen vermitteln, oder – wenn nötig - die entsprechenden Stellen aufmerksam machen. Der Schutz vor Kindeswohlgefährdung obliegt nicht nur den Eltern, sondern der ganzen Gesellschaft. Sehen wir genau hin!

Pleiten, Pech und Pannen: Die Bebauung der Frankfurter Altstadt

von Bernhard E. Ochs



Die Diskussion um die Bebauung des Altstadtkerns ist emotionell hoch besetzt und bewegt die Frankfurter Bevölkerung seit Jahrzehnten, doch seitens des schwarzgrünen Magistrats

wurde es zu einer unendlichen Negativgeschichte.

2006, bei der Konstituierung des Sonderausschusses Dom-Römer sprach Planungsdezernent Schwarz noch von der nahen städtebaulichen Zukunft und Oberbürgermeisterin Roth schrieb 2007 in einer CDU-Broschüre: „Die neue historische Altstadt wird schneller Realität sein, als wir es uns jetzt aufgrund der prognos-

tizierten Jahreszahlen vorstellen“. Doch die Realität sieht anders aus: 21 Ausschusssitzungen, Workshops, endlose Diskussionsveranstaltungen, eine Ausschusstreise, Wettbewerbe, Gutachten und jede Menge Papier.

SPD forderte Bürgerentscheid

Die SPD-Fraktion hatte bereits 2005 eine öffentliche Debatte über die Nachfolgebebauung des Technischen Rathauses und des Areals zwischen Dom und Römer gefordert. Dabei sollten auch mögliche Bauvarianten hinsichtlich Stadtgestaltung, technischer Realisierbarkeit und wirtschaftlicher Nutzbarkeit diskutiert werden. Danach sollte ein Bürgerentscheid über die künftige Art der Bebauung durchgeführt werden. Doch die schwarz-grüne Mehrheit im Römer entschied anders.

Damit begann die unendliche Geschichte der Pannen. Plötzlich tauchten Probleme mit der Tiefgarage und dem Grundwasser auf. Danach musste erst noch das Technische Rathaus von der Deutschen Immobilien Leasing zurückgekauft werden. Nun machten sich Heerscharen von bestellten und selbsternannten Planern, in der Hoffnung etwas vom Kuchen abzubekommen, mediengerecht ans Werk. Erste Summen von Projektentwicklern, die von einem „profitablen Draufzahlgeschäft“ für die Stadt sprachen, schwirrten durch das Rathaus.

Hausaufgaben vergessen

Nun warnte die Oberbürgermeisterin vor einer „einseitigen Kostendiskussion“. Daraufhin bekamen die Rekonstruktionsbefürworter Aufwind, was die Modernisten wieder auf den Plan rief, die sich durch avantgardistische Bebauung ein Denkmal schaffen wollten. Zwischendurch gab es noch heiße öffentliche Diskussionen zum Neubau bzw. zur Renovierung des Historischen Museums, das an das Dom-Römer-Areal grenzt und mit diesem ein gemeinsames Ensemble bildet.

Dabei ging die Sicht für das nötige Tagesgeschäft verloren. Denn auf dringliche Fragen – zum Beispiel wie die Problematik der Zu- und Abgänge zur U-Bahnstation Dom/Römer gelöst

werden soll, wann das Technische Rathaus abgerissen wird, wie es mit der Tiefgarage aussieht oder was mit dem Archäologischen Garten passiert -, herrschte ewig lang Funkstille im Planungsdezernat.

Schmiergeldaffäre

Wie eine Bombe schlug dann die Enthüllung der SPD-Fraktion über die Schmiergeldaffäre des Geschäftsführers der Dom-Römer GmbH, Werner Pfaff, ein. Fazit: Pfaff musste nach einem kurzen Intermezzo seinen Hut nehmen und bekam seinen unrühmlichen Abgang noch mit € 260.000 aus dem Stadtsäckel versüßt.

Mit der Bestellung von Michael Guntersdorf zum neuen Geschäftsführer der Dom-Römer GmbH schien etwas Ruhe in die dauervereschleppte Geschichte eingekehrt zu sein. Durch ihn wurden sogar mehr Bauinteressenten für zu rekonstruierende Häuser gefunden als zuvor.

Stadthaus oder statt Haus?

Doch dann wurde ein neuer Streitpunkt aufgetan, das so genannte „Stadthaus am Markt“. Es sollte über den Archäologischen Garten gebaut werden, was wiederum viele Bürger verärgerte, vornweg Theaterchefin Gisela Dahlem-Christ, die gerne dieses Areal unbebaut hätten. (Fast) neuester Stand der Tragikomödie. Nachdem keiner der Wettbewerbsentwürfe des Stadthauses so richtig gefiel und der ursprünglich viertplatzierte im dritten Anlauf auf dem ersten Platz landete, schaltete sich Stadtkämmerer Becker ein und forderte den Totalverzicht auf das Stadthaus. Nun gab es wieder Aufschreie in den verschiedensten Büros des Römers und die Gemengelage der Entscheidungsträger – oder besser Entscheidungsverzögerer – im Magistrat ist noch verwirrt.

Fazit: Das schlimme an dieser unendlichen Geschichte aus Pleiten, Pech und Pannen ist, dass dies alles auf Kosten der Steuerzahler geht und dass die alten Frankfurter, die gerne noch einmal ein Stück alte Heimat aufblühen

sehen würden gegen die Zeit kämpfen. **Am 27. März 2011 könnte man dies korrigieren.**

Auf gleicher Augenhöhe

Kommunalpolitik MIT den Bürgern



von Hubert Schmitt

Eine lebendige Demokratie braucht Bürgerbeteiligung – das ist auch und gerade in einer Großstadt wie Frankfurt so, wo verschiedenste Interessen, Lebensweisen und Menschen aufeinandertreffen.

Ausgleich und tragfähige, faire Ergebnisse lassen sich nur da erzielen, wo alle Seiten einbezogen werden. Doch gerade das wird unter der schwarz-grünen Stadtregierung nicht praktiziert. Zwar redet man dort über die Beteiligung der Bürger und bietet auch die eine oder andere Alibi-Veranstaltung an. Doch in meiner politischen Arbeit im Frankfurter Westen, als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Ortsbezirk 6, erlebe ich ständig, welch großer Unmut bei den Menschen darüber herrscht, wie Entscheidungen getroffen werden. Bürger wenden sich an die Stadtregierung und werden enttäuscht. Entscheidungen sind nicht nachvollziehbar oder oft auch ungerecht. Versprechungen werden gemacht und nicht eingehalten. Der Eindruck ist verbreitet, dass die Politiker nicht mehr die Interessen der Bürger vertreten.

Bundesweit wird das am Beispiel Stuttgart 21 gerade besonders deutlich. Kommunal fallen zwei Beispiele aus dem Westen besonders auf. Das eine kommt aus dem Bereich Bildung: Eltern und Lehrer haben jahrelang dafür gekämpft, dass in Frankfurt genügend Plätze an Integrierten Gesamtschulen (IGS) bereit ge-

stellt werden. Sie sind bei der Stadtregierung auf taube Ohren gestoßen. Als der Druck übermächtig wurde, entschuldigte man sich im Römer mit dem Unwillen des Landes Hessen, neue Schulen einzurichten. Gleichzeitig mussten die Bürger aber erleben, dass die Stadt sofort, nachdem dies gefordert worden war, dazu bereit war, ein neues Gymnasium am Riedberg zu bauen. Da müssen sich diejenigen, die seit Jahren mit guten Argumenten und Konzepten für eine IGS im Frankfurter Westen kämpfen, doch missachtet und hinters Licht geführt fühlen!

Beispiel Nr. 2: In Höchst wurde versprochen, den Bolongaropalast zu einem kulturellen Zentrum mit Museen und Theatern umzubauen. Mit seiner dann neu gewonnenen Strahlkraft sollte der Palast zur Aufwertung von ganz Höchst beitragen, die Stadtregierung sonnte sich ausgiebig in der eigenen Idee. Doch plötzlich kam die OB mit einer abgespeckten Variante, ohne Theater, ohne Museen, stattdessen sollte eine Kita in den barocken Palast einziehen. Proteste aus der Bürgerschaft wurden aggressiv abgewiesen und auf die Erinnerung an ihre früheren Versprechen reagierte Frau Roth damit, den kritischen Bürgern einfach Kinderfeindlichkeit vorzuwerfen. Die Diskussion brodelte, der Magistrat reagierte auf den Bürgerwillen wie auf eine Majestätsbeleidigung. Die Bürger haben aber nicht locker gelassen und erst auf diesen großen Druck hin wurde jetzt angekündigt, zusammen mit ihnen ein neues Konzept zu erstellen. Doch leider ist das Einfordern demokratischen Verhaltens nicht immer am Ende so erfolgreich.

Daher ist es wichtig, dass die SPD schon in ihrem Kommunalwahlkampf klar macht: Wir werden einen anderen Politikstil pflegen. In enger Zusammenarbeit mit den Eltern und Lehrern kämpfe ich im Westen seit Jahren für eine neue IGS; ebenso engagiere ich mich dafür, dass die Sanierung des Bolongaropalastes unter Einbeziehung der Bürger erfolgt. Dazu habe ich Veranstaltungen organisiert, Gespräche mit den Betroffenen geführt und mich im

Ortsbeirat eingemischt. Dabei habe ich erfahren, dass man dann Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und damit auch Wählerstimmen gewinnt, wenn man mit ihnen frühzeitig ins Gespräch kommt und ihre Interessen aufnimmt und auch berücksichtigt. Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger – entgegen oft anderslautender Meinungen – noch immer politisch interessiert sind. Sie wollen aber wirklich mitreden können und ernst genommen werden. Keine Politik von oben herab und über die Köpfe der Menschen hinweg sondern auf gleicher Augenhöhe MIT den Bürgern. Dafür steht in Frankfurt die SPD.

Ein weiterer wichtiger Baustein für eine echte Bürgerbeteiligung ist unser Konzept für einen Bürgerhaushalt. Daran habe ich aktiv mitgearbeitet und setze mich entschieden für dessen Einführung ein. Es ist richtig, wenn Bürgerinnen und Bürger auch bei finanziell wirksamen Entscheidungsprozessen mehr mitreden; das ist echte sozialdemokratische Politik, die ich gerne auch als Stadtverordneter umsetzen und weiterentwickeln will – mit der Unterstützung aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Frankfurt.

Besichtigung von Windkraftanlagen



Die Jusos und der Arbeitskreis Ökologie werden am Samstag, 20.11.2010 die Windkraftanlagen auf dem Kandrich (Huns-

rück) besichtigen.

Dort stehen drei Windkraftanlagen mit insgesamt 5,3 MW Leistung. Bisher wurde mehr als 90 Millionen kWh Strom produziert. Der windgünstige Standort befindet sich in der Nähe von Rheinböllen und Stromberg im ["Ingelheimer Wald"](#). Er liegt 638 m hoch. Das Gelände wurde in der Zeit des Kalten Krieges entwaldet und zunächst als Radarstation und

später als Raketenbasis genutzt. So waren für den Bau der Windkraftanlagen keine zusätzlichen Eingriffe in die Natur erforderlich.

Wer Interesse hat meldet sich bitte bei Roger Podstatny (Mail: roger@podstatny.de, Tel.: 069 3088157) an.

Wohnen als Schlüsselfrage

Warum eine gute Wohnungspolitik existenziell für Frankfurt ist

von Birgit Puttendörfer



Wohnen ist eines der wichtigsten kommunalen Themen, die Bürger und Politik auch in Zukunft zunehmend beschäftigen werden. Im Entwurf des SPD-Kommunalwahlprogramms 2011 ist die Problematik betreffend

Zusammenleben, Wohnen, Arbeiten in den verschiedenen Facetten und Formen dargestellt. Sozialdemokratische Wohnungspolitik will keine Segregation, keine uniformen Viertel und keine Konzentration von Problemen in bestimmten Gebieten, sondern eine stimmige Durchmischung der Wohngebiete, insbesondere im Neubaubereich. Daher ist genau auf das Verhältnis und die Kostenfaktoren von Mieten und Eigentum sowie dem geförderten Wohnungsbau zu achten. Der Mietspiegel gibt über die Entwicklung in Frankfurt – auch langfristige Tendenzen – genaue Auskunft. Er zeigt in alarmierender Weise den kontinuierlichen Rückgang bezahlbaren Wohnraums und die Zunahme hochpreisiger Angebote. Nur mit einer durchdachten und politisch gesteuerten Wohnungspolitik kann dem Einhalt geboten werden.

Eine zentrale Forderung sozialdemokratischer Politik ist es daher, die weitere Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verhindern und den Bestandsschutz für Mieter bei Umwandlung auf zehn Jahre wieder auszuweiten. Da ein Großteil der Frankfurter Siedlungen sich nicht in städtischer Hand befinden bzw. befanden, können und konnten sie leichter privatisiert werden. Der Verkauf von ehemaligen Werkssiedlungen wurde im großen Stil bereits getätigt. Leidtragende sind hier die Mieterinnen und Mieter sowie die privaten Eigentümer. Das liegt am Geschäftsgebaren der privaten Gesellschaften bei solchen Käufen und Weiterverkäufen.

Besonders gravierend ist, dass die Gesellschaften, die die Siedlungen erworben haben, dies nur aus einem Interesse heraus getan haben: Schnell Gewinn zu machen.

Gewinn kann man aber nur machen, wenn man das erworbene Eigentum in Eigentumswohnungen umwandelt und schnellstens weiterveräußert. Teilweise hat man sich die Mühe gemacht, die Wohnungen vor dem Weiterverkauf zu sanieren - hauptsächlich werden sie jedoch in ihrem verwohnten Zustand belassen und weiterveräußert. In erster Linie an die darin schon teilweise seit Jahrzehnten lebenden Mieter. Doch wo sich nicht genügend Mieter finden oder diese aus Altersgründen nicht mehr in der Lage sind, die Wohnungen zu erwerben, gehen diese zur Veräußerung auf den freien Markt. In beiden Fällen sind Makler eingeschaltet, die unter einem massiven Erfolgsdruck stehen, da für die Veräußerung so wenig Zeit wie möglich aufgewendet werden soll. Nur die Wohnungen, die man absolut nicht veräußern kann oder aufgrund ihrer Gewinnträchtigkeit behalten will, verbleiben im Mietwohnungsbestand. Dieser rücksichtslose Ausverkauf macht sich vielerorts leider bald im Wohnumfeld und oft auch bei der Zusammensetzung der Hausgemeinschaften negativ bemerkbar. Mangelnde Sachkenntnis beim Wohnungskauf oder Verständnis- und Kommunikationsprobleme tragen zu Konflikten mit bei. Bürger und

Bürgerinnen beklagen zunehmende Nachbarschaftskonflikte, Verwahrlosung in den Wohnbereichen und deren Umfeld sowie Angst vor weiteren zukünftigen Fehlentwicklungen.

Verschärfend kommt hinzu, dass die nur auf schnellen Gewinn ausgerichteten Investoren mittel- und langfristig für Instandhaltung und Verbesserung der Häuser und Wohnungen so wenig Geld wie möglich ausgeben wollen. Die Renovierung und Instandsetzung von Wohnungen erfolgt bestenfalls noch beim Auszug der Mieter. In der Regel wird an und in den Häusern aber so gut wie nichts gemacht, die mit der Verwaltung der Siedlungen beauftragten Firmen sorgen nicht einmal für das Nötigste. Selbst dort, wo die Mieter und Privateigentümer sich engagiert für ein gutes Wohnumfeld einbringen, können sie auf Dauer nicht alle Versäumnisse der Gesellschaften ausgleichen. In vielen Fällen resignierten die Mieter oder Privateigentümer, nachdem sie die Erfahrung gemacht hatten, dass weder Beschwerden und Reklamationen bei zentralen Servicenummern noch Schriftwechsel oder persönliches Vorsprechen die Lage auch nur im geringsten verändern. Die Mitarbeiter der eingesetzten Verwaltungsgesellschaften sind häufig überlastet. Ein ständiger Wechsel des Personals daher keine Seltenheit. Die Konsequenz: Notwendige Reparaturen, Sanierungen etc. verzögern sich weiterhin. Lediglich bei Gefahr in Verzug wird eine Ausnahme gemacht – aber auch nur, weil vom Vermieter bzw. Verwalter durch Nachlässigkeit verschuldete Unfälle vor deutschen Gerichten teure Folgen haben können.

Die ehemals gutbürgerlichen Siedlungshäuser befinden sich teilweise inzwischen in einem desolaten Zustand. Die Verschlechterung wird in Kauf genommen und auch dadurch verstärkt, dass in der Regel die eingesetzte Verwaltungsgesellschaft eine Untergesellschaft der aufteilenden Eigentümer sind und erst dann abgewählt werden können, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Privateigentümer verändern. Nur wo sich Mieter und Privateigentümer gezielt zusammenfinden,

gemeinsam aktiv werden – teilweise bis hin zum Einschalten von Rechtsanwälten und gerichtlichem Absetzen des Verwalters – lassen sich kleine Verbesserungen erzielen. Da ist es kein Wunder, dass Mietervereine und Selbsthilfegruppen einen enormen Zulauf zu verzeichnen haben.

Es erweckt den Anschein, als würden die Verschlechterungen dieser Siedlungen teilweise bewusst in Kauf genommen werden. Ein nicht nachvollziehbares Handeln. Ist der schnelle Profit so wichtig, dass alle späteren Folgen ignoriert werden? Glaubt man, wenn die Siedlungen genügend heruntergewirtschaftet sind, würde erneut die öffentliche Hand einspringen und den Investoren ihr zweifelhaftes Geschäft nochmals vergolden? Oder spekuliert man darauf, dass die Gebäude abgerissen und durch neue ersetzt werden müssen, die dann in einem teureren Preissegment angesiedelt wären? Bei letzteren könnte ein Großteil der Privateigentümer finanziell nicht mehr mithalten – sie müssten ihre Wohnungen vor der Erneuerung weit unter dem Anschaffungspreis veräußern, dem einen oder der anderen würde auch die Zwangsversteigerung drohen.

Am Ende mit leeren Händen in einem heruntergewirtschafteten Wohnumfeld dazustehen, das kann keine Perspektive sein, die wir einer großen Gruppe von Frankfurterinnen und Frankfurtern zumuten wollen.

Als Kommunalpolitiker und als Frankfurter SPD können wir zwar keine sofort umsetzbare Abhilfe anbieten. Es ist aber die Aufgabe sozialdemokratischer Politik, die Fehler dieser Liberalisierung und Privatisierung deutlich aufzeigen, für betroffene Bürger ein offenes Ohr zu haben und ihnen im Kampf gegen die spekulierenden Haupteigentümer zur Seite stehen. Wir werden gemeinsam mit den Siedlungsbewohnern nach Lösungsmöglichkeiten suchen, um ihnen und den betroffenen Stadtteilen das sozial ausgewogene, intakte und gepflegte Wohnumfeld zu erhalten. Dies dient auch dem Ansehen der gesamten Stadt. Daran mitzuarbeiten ist meine Absicht und einer der Gründe, warum ich als Stadtverordnete kandidiere.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung



Thorsten Schäfer-Gümbel und Klaus Oesterling haben die Streikenden der Frankfurter Societäts-Druckerei besucht und ihre Solidarität formuliert. „Haltet durch“, machten sie Mut, wandten sich gegen Tariffucht und warben für eine einvernehmliche Lösung.